

Geschieht täglich
seit 6½ Uhr.
Redaktion und Expedition
Johann-Seiffenstr. 33.
Redakteur Dr. Götzen.
Schriftkunde d. Redaktion
Montags von 11—12 Uhr
Samstags von 4—6 Uhr.

Nummern der für die nächst-
folgende Nummer bestimmten
Zeiten in den Wochentagen
bis 8 Uhr Nachmittags.

Mögl. für Inseratenannahme:
Sitz-Kunst, Universitätsstr. 22.
Haus 238, Hainstr. 21, part.

Leipziger Tageblatt

und Anzeiger.

Amtsblatt des Königl. Bezirksgerichts und des Rathes der Stadt Leipzig.

Nº 167.

Montag den 16. Juni.

1873.

Bekanntmachung.

Die Inhaber der als verloren, vernichtet oder sonst als abhanden gekommen hier angezeigten Reichsscheine La D Nr. 77120, 78734, 83967, 92977, 93435, 94165 und 96102, La. E Nr. 1677, 2620, 3029, 8684, 11144, 11276, 11364, 12018, 13560, 13859, 15727, 16947, 21766, 27039, 2809, 30788, 31062, 34422, 35038, 35536, 36362, 37380, 38397, 39359, 40351, 40649, 41538, 43042, 44207, 44478, 48355, 48823, 49473, 49525, 50906, 51324, 51475, 51477, 52361, 53216, 53471, 55026, 55217, 55589, 56206, 56774, 57330, 58071, 60355, 62309, 65581, 65680, 65943, 66211, 66797, 66917 und 72745 werden hierdurch aufgefordert sich damit unverzüglich bei unterzeichnetem Anhalt zu melden, um ihr Recht daran zu beweisen oder dieselben gegen Belohnung zu erledigen, widrigfalls, der Leibhausordnung gemäß, die Pläne der Anzeiger zu übergeben werden.

Leipzig, 11. Juni.

Deutscher Reichstag.

Sitzung am 14. Juni.

Der Reichstag nahm heute in erster und zweiter Beratung die Ueberreinigung bezüglich der Hoheitsgewalt in den Gemeinden Naon les Léaux und Naon sur Blaine an. Demnächst gewünschte er in dritter Beratung die Abänderung der Reichstags-Wahlkreise 5 und 6 des Regierungsbezirks Oppeln. Hierauf wurde die Denkschrift gutgeheissen, die sich auf die durch den Krieg gegen Frankreich veranlaßten außerordentlichen Ausgaben und Einnahmen pro 1872 bezieht.

Sehr in Anspruch genommen war das Haus durch die Beratung des Gesetzes bezüglich der Errichtung eines Reichs-Eisenbahnamtes. Die Discussion zog sich der Art in die Länge, daß der Reichstag nach Fertigstellung dieses Entwurfs nur noch den Mosel'schen Gesetzesvorschlag beratete und an eine Commission von 14 Mitgliedern verweisen konnte, worin der Tarif der Gehalts- und Kosten bei den Consulaten des Deutschen Reichs behandelt wird.

Tagesgeschichtliche Uebersicht.

Aus Berlin kommt die Nachricht, daß im Bundesrat eine Beschlagnahme über die Papiergeldfrage zu Stande gelommen ist und demnach die unterbrochene dritte Sitzung des Münzgesetzes im Reichstage jetzt wieder aufgenommen werden wird. Der Kompromiß, welchen der Bundesrat nun zu Stande gebracht hat, ist in seinen Hauptzügen folgender: Das Reich gibt 120 Millionen Mark Reichspapiergeld aus, einen Zlotter für jeden Kopf der Bevölkerung. Die Abhälften sind 5, 25 und 50 Mark. Bis zum 1. Juli 1875 wird alles Staatspapiergeld eingezogen. Neues darf ohne Reichsgesetz nicht wieder geschaffen werden. Die Reichsbanknoten werden von allen öffentlichen Läden Deutschlands angenommen; im Privatverkehr dagegen kann die Annahme verworfen werden. Sie werden jeder Zeit von der Reichsbanknote auf Verlangen gegen baares Geld eingelöst. Diese 120 Millionen werden nach der Bevölkerungsschätzung unter die Bundesstaaten verteilt. Diejenigen Staaten, welche kein Papiergeld haben, erhalten ihre volle Quote ohne Weiteres, diejenigen, welche Papiergeld haben, müssen zunächst für die ausgestanzten Reichsbanknoten den gleichen Betrag an Landeskassen einzahlen und abliefern. Übersteigt ihr Papierumlauft nicht den Betrag von drei Mark pro Kopf, so ist damit die Sache in Ordnung. Wenn aber, wie in Sachsen und einigen anderen Staaten, mehr Landespapiergeld ausgegeben ist, als durch die Ressorten an Reichspapiergeld getilgt werden kann, so tritt folgendes Verfahren ein. Die Hälfte des überschüssigen Betrages hat der betreffende Staat aus eigenen Mitteln bis zum 1. Juli 1875 einzuzahlen. Für die andere Hälfte erhält er zum Behufe gleicher Gleichheit vom Reich die erforderliche Summe unverzüglich in Reichsbanknoten, deren Betrag zu dem Ende vorübergehend vermehrt wird, vorgekehrt; er muß den Vorbehalt in zehn Jahren zurückstatten, und die Reichsbanknote muß stets viel Reichsbanknoten tilgen. Der normale Betrieb wird mißlin erst nach Ablauf dieser zehn Jahre eintreten, angeführt im Jahre 1885. Ab dann wird es 40 Millionen Thaler Papiergeld in Deutschland geben gegen 67 Millionen, welche gegenwärtig existieren. Sofort, d. h. im Jahre 1875, wird erreicht, daß an die Stelle der unangeführten, nur bis an die Landesgrenzen gültigen Landeskasse ein einziges deutsches Reichsbanknoten tritt, gültig von Memel bis West, von Konstanz bis Hadersleben. Die sofortige Veränderung des Papierumlaufes wird sich freilich nur auf etwa acht bis neun Millionen Thaler belaufen, über sie wird von Jahr zu Jahr sich fortlegen, bis nach einem Jahrzehnt das gesetzliche Niveau erreicht ist. Der Vorschlag trägt den Stempel eines Kompromisses an der Stirn. Es liegt zu Tage, daß diejenigen Staaten, welche über den Normalbetrag Papier aufzubauen, von Reichswagnen profitieren, die Einziehung des ganzen Mehrbetrages aus eigenen Mitteln zu besorgen. Sie führen sich dabei immer noch besser als ihre Bundesgenossen, welche für die von ihnen contra-

und Schraubendampfer, wovon überdies 3 als nicht mehr zum Dienste in den gefahrhaften indischen Meeren geeignet bezeichnet werden. Der ganze aktive Stand seiner Kriegsmarine stellt sich danach auf 8 Fregatten, 1 Corvette und 2 Brigs, wovon 1 Fregatte und die Corvette schon nach Indien entsendet sind. Die anderen 4 Schiffe auszurüsten fehlt es hingegen zunächst an Matrosen und Schiffpersonal, da die für die europäische Flotte angeworbenen und ausgebesserten Mannschaften nicht in Indien zu dienen verpflichtet sind. Ganz gleich verhält es sich auch mit der Armee, indem der europäische Theil der holländischen Colonialtruppen ausschließlich durch freie Werbung recrutierte, und wenn noch den offiziellen Nachweisen die holländisch-indische Armee auch eine Stärke von 28,748 Mann besitzen soll, so wird auch andererseits der factische Stand der darin umgegriffenen, allein zuverlässigen europäischen Truppen ja noch nicht 3000 Mann aufgegeben.

Die Nachrichten aus Spanien lauten fortwährend gleich bedenklich. Die Versicherungen des neuen Ministers des Auswärtigen, daß die „Republik der Freiheit“ sei und sie keine Propaganda nach außen treiben wolle, entspricht allerdings zu sehr der thatsächlichen Lage der Verhältnisse, um nicht aufrichtig zu sein. Vor Barcelona ist, wie spanische Blätter berichten, am 6. Juni die deutsche Corvette „Elisabeth“ angelommen und neben der englischen Fregatte „Research“ vor Alter gegangen. Sie tauschte mit dem Blaue und der spanischen Fregatte „Bella de Madrid“ Begrüßungsfähnchen aus und der Kapitän meldet drei Offiziere sieg bald darauf ans Land. Bekanntlich sind seitdem noch andere deutsche Kriegsschiffe nach den spanischen Gewässern abgegangen.

Wie man aus Berlin mittheilt, ist für die Streichung des deutschen Gesandtschaftsstoffs beim Papst nachträglich eine annehmbare Majorität gewonnen worden. Die bestreitende Gehaltssumme soll in dritter Sitzung des Staats abgelegt werden. — Die Ausdrücke des Bundesrates für das Justizwesen und für Handel und Verkehr haben der Novelle zur Gewerbeordnung be treffend die Errichtung von Gewerberäten zu entscheiden und die Ausübung von Straf- und Zivilgerichten zu bezeichnen und zur Bestrafung des Contractbruchs etc. Ihre Zustimmung ertheilt. Die Zustimmung des Bundesrats unterliegt keinem Zweifel.

Wie man der „Augsb. Ills. 3.“ schreibt, ist

von der preußischen Regierung bei der zweiten Sitzung der Strafprozeßordnung in der Strafprozeßordnungskommission der Vorschlag gemacht worden, die Schöffengerichte in allen Instanzen dauerhaft zusammenzufügen, daß ein rechtsgelernter Richter den Vorbehalt führt, sämmtliche Bescheide aber aus nicht rechtsgelernten Schöffen beziehen. Dieser Vorschlag soll in der Commission die Mehrheit gewonnen haben.

Der „Kön. Bltg.“ schreibt man aus München,

11. Juni: Nachdem unterte Militaria, abgesehen

von den durch die Neuuniformierung nötig ge-

wordenen Einzelveränderungen, in der Presse

endlich zur Ruhe gekommen und Freunde wie

Gegner des zum geflügelten Wort gewordenen

nationalen Kampfheldens die Friedenspfeile raus-

ten unter die Bundesstaaten verteilt werden. Diejenigen

Staaten, welche kein Papiergeld haben, erhalten

ihre volle Quote ohne Weiteres, diejenigen, welche Papiergeld haben, müssen zunächst für die ausgestanzten Reichsbanknoten den gleichen Betrag an Landeskassen einzahlen und abliefern. Übersteigt ihr Papierumlauft nicht den Betrag von

drei Mark pro Kopf, so ist damit die Sache in Ordnung. Wenn aber, wie in Sachsen und einigen anderen Staaten, mehr Landespapiergeld ausgegeben ist, als durch die Ressorten an Reichspapiergeld getilgt werden kann, so tritt folgendes Verfahren ein. Die Hälfte des überschüssigen Betrages hat der betreffende Staat aus eigenen Mitteln bis zum 1. Juli 1875 einzuzahlen. Für die andere Hälfte erhält er zum Behufe gleicher Gleichheit vom Reich die erforderliche Summe unverzüglich in Reichsbanknoten, deren Betrag zu dem Ende vorübergehend vermehrt wird, vorgekehrt; er muß den Vorbehalt in zehn Jahren zurückstatten, und die Reichsbanknote muß stets viel Reichsbanknoten tilgen. Der normale Betrieb wird mißlin erst nach Ablauf dieser zehn Jahre eintreten, angeführt im Jahre 1885. Ab dann wird es 40 Millionen Thaler Papiergeld in Deutschland geben gegen 67 Millionen, welche gegenwärtig existieren. Sofort, d. h. im Jahre 1875, wird erreicht, daß an die Stelle der unangeführten, nur bis an die Landesgrenzen gültigen Landeskasse ein einziges deutsches Reichsbanknoten tritt, gültig von Memel bis West, von Konstanz bis Hadersleben. Die sofortige Veränderung des Papierumlaufes wird sich freilich nur auf etwa acht bis neun Millionen Thaler belaufen, über sie wird von Jahr zu Jahr sich fortlegen, bis nach einem Jahrzehnt das gesetzliche Niveau erreicht ist. Der Vorschlag trägt den Stempel eines Kompromisses an der Stirn. Es liegt zu Tage, daß diejenigen Staaten, welche über den Normalbetrag Papier aufzubauen, von Reichswagnen profitieren, die Einziehung des ganzen Mehrbetrages aus eigenen Mitteln zu besorgen. Sie führen sich dabei immer noch besser als ihre Bundesgenossen, welche für die von ihnen contra-

genötigt werden sollen. Die Ultramontanen agieren für die Aufhebung dieses Gesetzes, und es heißt, daß der Präsident Verbo de Tejada, der ein ehrlicher Katholik ist, ihnen hierin behilflich sei.

Aus Stadt und Land.

* Leipzig, 15. Juni. Wenn sich die von Berlin aus gemeldete Nachricht bestätigen sollte, daß der deutsche Reichstag zu Ende dieses Jahres noch einmal, und zwar in den Monaten November und December einberufen werden wird, um diejenigen wichtigen Gelege zu berathen, welche gegenwärtig haben zu rücksichtigt werden müssen, wie zum Beispiel das Gesetz über die Heeresorganisation, so wird dieser Umstand auch auf die Einberufung des sächsischen Landtages einen wesentlichen Einfluß ausüben. Derselbe möchte dann nach unserem Dafürhalten schon im September oder doch spätestens Anfang October zusammenentreten, um wenigstens das Budget der nächsten Finanzperiode durchberathen zu können. Daß der Reichstag und die Einzel-Landtage in Zukunft nicht mehr gleichzeitig tagen können, darüber ist wohl nach den in den letzten Tagen von Reichstag gesetzten Beschlüssen und den vom Reichstagsangehörigen abgegebenen Erklärungen kein Zweifel mehr möglich. Aus dieser Sachlage scheint uns hervorzugehen, daß bezüglich der Neuwahlen zum Landtag ein früherer Termin, als der ursprünglich in Aussicht genommene, gewählt werden muß, und wir halten es für sehr notwendig, daß das Central-Wahl-Comité der liberalen Partei keine Zeit mehr verliere, um die Wahlbewegung in seinem Sinne allerorts in kräftigen Fluß zu bringen.

* Leipzig, 15. Juni. Wenn irgend ein Verein in der Humanität unserer Zeit wurzelt, so ist er der Verein zur Fürsorge für die aus Siraf an gestauten Entlassenen. Man muß, um die Verdienste desselben würdig zu können, wissen, in welch trauriger Lage die Gefallenen nach ihrer Strafzeit sich befinden, und wie oft sie in ihrer Verbewahrung die Anzahl um die Erlaubnis zur Flucht in dieselbe bitten. Je unnger daher der Menschenfreund die Förderung und Unterstützung dieses Vereins wünschen mög, desto mehr batte sich nach und nach der große Saal recht leicht gefüllt, und die Tambäuer-Ouverture wogte bei glänzlicher Durchführung mit ihrer Romantik und ihren dümonischen Klängen das Publikum sofort zu elektrisieren. Nachdem die Pauliner und Arianen 3 Lieder im Trianon-Garten vorgetragen hatten, wo einzelne Zuhörer Gruppen trog der Ungunst des Wetters umherwandelten, wiederkholte sie das Morgenlied von Rück und das Wanderlied von Mendelssohn im großen Saale, und zwar mit großem Beifall. In der That war die energische und exakte Wiedergabe (namentlich des Morgenliedes) der Gesänge zu loben, und das Crescendo gestaltete sich an einigen Stellen fast zur Vollkommenheit. Später sangen die Sänger noch die 3 Lieder: „Viel der Städte von Bruck, Gondelfahrt von Gade, und die Pappeln von Ring hinzu, und auch dabei wurde eine günstige Wirkung erzielt, und der Humor des letzten Liedes jüngste gewaltig. Zur Abwechslung bot das Concert auch gemischten Gesang, an welchem sich namentlich auch der Ossian beteiligte. Der Hirtenchor aus Rosamunde von Schubert war im Ganzen gejagt zu nennen, das Bürgerleben, dieses forschige und charakteristische Tonbild von Schumann wurde so trefflich nuancirt vorgetragen, daß man es da capo verlangte; recht schwungvoll aber, doch Geist und Leben durchweht, und auch mit großer Sorgfalt im Technischen trat den leichten beiden Gesängen: „Hoffnung“ von Richter und „An der Kirche wohnt der Priester“ auf, welche dann auch lärmische Anerkennung fanden. Unter den Opernvorführungen, die theils im Trianon, theils im großen Saale noch stattfanden, müssen wir: Wallenstein's Lager und Kapuzinerpredigt aus der Wallenstein-Sinfonie nennen. Die originellen und effectuellen Motive dieses Stücks fesselten sicher alle Zuhörer. Auch die Ouverturen: Ring-Blas von Mendelssohn und Teil von Rosamunde zeigte von der Trefflichkeit der Büchner'schen Capelle. Überblättert wir das Concert im Ganzen, so können wir nur bedauern, daß die gut vorbereiteten Leistungen nicht einen stärkeren Zuhörerkreis gefunden haben, und daß also die Annahme des Vereins eine geringe sein wird. Je mehr dies aber in Abbrach des edlen Zwecks zu bedauern ist, desto dringender möchte man wünschen, daß das Concert in späterer günstigerer Zeit wiederholt werde.

* Leipzig, 15. Juni. Gestern Abend erging es einem hiesigen Maschinendauergehülse bei Ge-